

# Pakistan im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Bärthlein

### Neues Gesetz verbessert Frauenrechte

Mit der Unterschrift von Präsident Musharraf ist die lange diskutierte Reform der so genannten „Hudood“-Verordnungen Anfang Dezember besiegelt worden. Das „Gesetz zum Schutz der Frauenrechte“ schafft die Todesstrafe und Auspeitschen für außerehelichen Sex ab und ermöglicht es, Vergewaltigungsfälle nach dem (säkularen) pakistanischen Strafrecht zu verhandeln, anstatt wie bisher vor einem islamischen Gericht, bei dem Opfer vier männliche Zeugen der Tat präsentieren mussten und ihnen anderenfalls eine Verurteilung wegen Ehebruch drohte. Die *Hudood*-Verordnungen waren 1979 vom Militärdiktator Zia ul-Haq erlassen worden, der die Islamisierung des Staates entscheidend vorantrieb. Seit vielen Jahren hatten Frauenrechtlerinnen ihre völlige Abschaffung gefordert. Ihnen wie auch der oppositionellen PPP gehen die Reformen nicht weit genug, während die islamistische MMA und die PML (Nawaz Sharif) die Neuregelung als „un-islamisch“ verurteilten. Präsident Musharraf und sein Premierminister Shaukat Aziz kündigten für die Zukunft weitere Vorstöße zur Besserstellung von Frauen an. Unter anderem sollen Zwangsheiraten verboten werden. Die PPP von Benazir Bhutto hatte den von der Regierung vertretenen Kompromiss im Parlament mitgetragen, was von vielen politischen Beobachtern als ein Zeichen der Annäherung zwischen Benazir und Musharraf interpretiert wurde.

### Musharraf veröffentlicht Autobiografie

General Musharraf hat mit der Veröffentlichung seiner Autobiografie nicht bis zum Ende seiner Regierungszeit gewartet. Am 25. September wurde *In the Line of Fire* in New York (nicht in Pakistan) dem Publikum vorgestellt. Musharraf schreibt unter anderem über seine Kindheit, den Coup, mit dem er 1999 die Macht übernahm, den Kargil-Krieg und die Beziehungen zu Indien sowie natürlich über seine Entscheidung, sich dem „Krieg gegen den Terror“ anzuschließen. In Fernsehauftritten in den USA betrieb er gezielt Promotion für das Buch, mit dem er sich allerdings nicht nur Freunde gemacht hat. In Pakistan wurde Musharraf's Autobiografie von vielen Seiten kritisiert. Seine Enthüllung (Musharraf war damals Armeechef), die nuklearen Trägersysteme seien während des Kargil-Kriegs 1999 nicht einsatzbereit gewesen, wurde als

Geheimnisverrat kritisiert. Die Beteuerungen Musharraf's, von den Proliferations-Aktivitäten des „Vaters der pakistanischen Atombombe“, A.Q. Khan, nichts gewusst zu haben, scheinen vielen Lesern unglaublich unwürdig. Dass Musharraf umgekehrt Indien verdächtige, Zentrifugen für sein Nuklear-Programm von der Nuklear-Mafia A.Q. Khans bezogen zu haben, stieß dort auf besondere Empörung. Die US-Regierung wiederum wollte nichts von Musharraf's Erinnerungen an die Drohungen wissen, mit denen die Pakistaner von Washington nach dem 11. September zum Schulterchluss mit den USA gezwungen worden seien. Offensichtlich sehen viele Leser die Glaubwürdigkeit und insbesondere die Diskretion Musharraf's als Politiker durch die Memoiren in Frage gestellt. Die indische Zeitung *Hindustan Times* fragte in ihrem Kommentar: „Würden Sie Herrn Musharraf, den letzten magischen Realisten des Subkontinents, zum Essen einladen?“

### Luftangriff in Bajaur und die Folgen

Bei einem Raketenangriff auf eine Madrassa (Koranschule) in der Bajaur Agency in den autonomen Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan sind am 30. Oktober mehr als 80 Menschen getötet worden. Laut Militärangaben wurde der Angriff von den pakistanischen Truppen durchgeführt und richtete sich gegen ein Ausbildungslager für militante Taliban-Kämpfer; deren Anführer, Maulvi Liaqat, sei getötet worden. Die örtliche Bevölkerung warf der Regierung dagegen vor, einen Angriff von amerikanischen unbemannten Drohnen auf pakistanisches Gebiet zugelassen zu haben, bei dem nur zivile Studenten ums Leben gekommen seien. Eine unabhängige Untersuchung der Situation war nicht möglich, da der Ort des Angriffs für Medien und andere Außenstehende gesperrt war. Wenige Tage nach dem Luftangriff tötete ein Selbstmordattentäter in Dargai, etwa 70 Kilometer entfernt von Bajaur, mehr als 40 Soldaten in einem Ausbildungslager der pakistanischen Armee. Dieser Anschlag wurde allgemein als Rache-Akt für Bajaur verstanden.

### Neue Kaschmir-Initiative von Musharraf

In einem am 5. Dezember ausgestrahlten Interview mit dem privaten indischen Nachrichtensender NDTV hat Pakistans Präsident Musharraf weitreichende Kompromisse im Kaschmir-Konflikt mit Indien in

Aussicht gestellt. Pakistan könne auf seinen Anspruch auf das geteilte Gebiet ebenso wie auf das in einer UN-Resolution festgeschriebene Referendum in Kaschmir verzichten, wenn auch Indien Zugeständnisse mache, so Musharraf. In dieser Deutlichkeit ist eine derartig weitgehende Position zuvor von keiner pakistanischen Regierung formuliert worden. Musharraf schlug einen Vier-Punkte-Plan zur Lösung des Konflikts vor, der Demilitarisierung, Autonomie, Beibehaltung der gegenwärtigen Grenzen und schließlich in einem gewissen Rahmen geteilte Souveränitätsrechte über ganz Kaschmir vorsieht. Musharraf stellte in dem Interview auch klar, dass Pakistan kein unabhängiges Kaschmir wolle, und dass Indien dies seiner Meinung nach genauso sehe. Erste Reaktionen aus Indien waren vorsichtig; Kommentatoren wiesen aber darauf hin, dass Musharrafs Vorschläge sich weitgehend mit der Position der indischen Regierung decken.

### Ein Jahr nach dem Erdbeben: Angst vor dem nächsten Winter

Auch über ein Jahr nach dem verheerenden Erdbeben vom 8. Oktober 2005 sind die Folgen noch lange nicht bewältigt. Mit dem Wintereinbruch in den betroffenen Bergregionen Kaschmirs und der Nordwest-Grenzprovinz drohen weite Gebiete von der nach wie vor nötigen Lebensmittelhilfe abgeschnitten zu werden. Immer noch leben viele Menschen in Zelten, obwohl die Zahlen drastisch auseinander gehen: Während internationale Hilfsorganisationen wie Oxfam von beinahe zwei Millionen Menschen berichten, die nur provisorisch untergebracht seien, spricht die pakistanische Regierung von einem Zehntel dieser Zahlen. Die meisten Straßen und Gesundheitseinrichtungen sind wieder hergestellt, allerdings sind viele Privathäuser nur notdürftig repariert worden. Bei der Vergabe der Wiederaufbau-Hilfe sind Korruption und mangelnde Kommunikation mit den Betroffenen die Haupt-Kritikpunkte. Die Regierung hat mittlerweile Ende 2008 als Zeitpunkt für die Unterbringung aller Opfer in neuen Häusern anvisiert. Die Stadt Balakot soll nach wie vor verlegt werden.

### Ex-Präsident Ghulam Ishaq Khan gestorben

Ghulam Ishaq Khan, von 1988 bis 1993 Präsident Pakistans, ist Ende Oktober im Alter von 91 Jahren verstorben. Khan wurde 1988 Nachfolger des Militärdiktators Zia ul-Haq, nachdem der bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war. Seine Amtszeit war gekennzeichnet von der Rückkehr zur

Demokratie, zugleich jedoch auch ständigen Machtkämpfen mit den gewählten Ministerpräsidenten Benazir Bhutto und Nawaz Sharif, die er beide (1990 bzw. 1993) wegen Korruptionsvorwürfen ihres Amtes enthob.

### Schwierige Arbeitsbedingungen für Journalisten

Die internationale Journalisten-Organisation *Reporter ohne Grenzen* (RSF) hat Pakistan ein verheerendes Zeugnis ausgestellt, obwohl es bei elektronischen Medien einen Boom an neuen privaten Fernseh- und Hörfunk-Sendern gibt. Auf dem "Index der Pressefreiheit" von RSF liegt Pakistan nur an der 157. Stelle von 168 bewerteten Ländern. Die Zeitungslandschaft bewertet RSF ebenfalls als pluralistisch, wobei die englischen Publikationen freier als die (weiter verbreiteten) Urdu-Zeitungen seien. Investigative Journalisten, kritisiert RSF, würden von den militärischen Geheimdiensten belästigt und auch physisch angegriffen. Nach Angaben der pakistanischen NGO *Intermedia* wurden in den vergangenen zehn Monaten vier Journalisten unter mysteriösen Umständen getötet, während über hundert attackiert wurden. Dem Journalisten Mukesh Rupeta vom angesehenen privaten Nachrichtensender GEO droht immer noch eine Verurteilung zu einer Haftstrafe, weil er mit seinem Kameramann einen Luftwaffenstützpunkt gefilmt haben soll. Im November wurde der angesehene Fernseh-Sender "Sindh TV", offensichtlich wegen regierungskritischer Berichterstattung, wochenlang aus den Kabelnetzen verbannt. [www.rsf.org](http://www.rsf.org) | [www.intermedia.org.pk](http://www.intermedia.org.pk)

### Regierung fördert Sufismus

Die pakistanische Regierung hat einen "Nationalen Rat für die Förderung des Sufismus" gegründet. Sie bekennt sich damit zur mystischen Tradition des Islam, die in Pakistan sehr stark ist - allerdings seit den Siebzigerjahren und spätestens seit dem Krieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan in der Öffentlichkeit weitgehend von militanten und fundamentalistischen Interpretationen des Islam verdrängt worden ist. Offenbar ist die gezielte Rückbesinnung auf das Sufi-Erbe nicht zuletzt ein Versuch, das Image Pakistans im Ausland aufzupolieren. Präsident Musharraf betont seit längerem die Notwendigkeit, ein "weiches" Pakistan zu präsentieren. Der Sufismus-Rat soll Forschung, Veranstaltungen und Veröffentlichungen fördern.